

Die Zeit – Wirtschaft : Der Irrtum des Nordens

Die Zeit, Hamburg, Germany
Die Zeit, Hamburg, Germany

DIE ZEIT

27/2005

Der Irrtum des Nordens

Armen Ländern die Schulden zu streichen reicht nicht aus. In Zukunft muss Entwicklungshilfe mehr auf Zuschüsse statt auf Kredite setzen

Von Kathrin Berensmann

Auf dem G8-Gipfel im schottischen Gleneagles stehen nächste Woche die Probleme der Entwicklungsländer auf der Agenda. Tagesordnungspunkt Nummer eins ist ein Schuldenerlass für die ärmsten Länder der Welt.

Auf einem Vorbereitungstreffen für den Gipfel vereinbarten die Finanzminister der großen Industriestaaten bereits einen umfassenden Schuldenerlass für zunächst 18 Länder. Nachdem ein Großteil der Schulden dieser Staaten gegenüber den Industrienationen bereits gestrichen wurde, sollen ihnen jetzt auch ihre Schulden beim Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und der Afrikanischen Entwicklungsbank erlassen werden insgesamt rund 40 Milliarden US-Dollar.

Bereits auf dem Kölner Weltwirtschaftsgipfel 1999 sollte mit Hilfe der bis dato umfassendsten Entschuldungsinitiative für die ärmsten Länder das Schuldenproblem gelöst werden. Sechs Jahre danach stehen viele arme Länder wieder oder immer noch bei vielen Gläubigern hoch in der Kreide. Besonders betroffen sind die afrikanischen Länder südlich der Sahara, wie etwa Äthiopien, Burkina Faso, Mosambik und Uganda.

Doch ist ein Schuldenerlass wirklich der Königsweg, um diese Nationen aus der Schuldenfalle zu befreien?

Nicht unbedingt, denn ein wiederholter Schuldenerlass erzeugt eine Kultur der Abhängigkeit. Die Regierungen der betreffenden Länder versuchen gar nicht erst, die Kredite zurückzuzahlen, sie werden ja ohnehin bald gestrichen. Nur dort, wo die Last des Schuldendienstes tatsächlich die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes verhindert, ist ein Schuldenerlass ökonomisch gerechtfertigt.

Die größere Herausforderung ist indes, dafür zu sorgen, dass sich neue Schulden in Zukunft gar nicht erst aufürmen. Es müssen also die Ursachen der Verschuldung beseitigt werden.

Die meisten Entwicklungsländer tappen in die Schuldenfalle, weil sie nicht genügend eigene Finanzmittel durch Steuern oder Exporte erwirtschaften können. Oft hängen mehr als 50 Prozent der Exporterlöse an weniger als drei Produkten, meist Rohstoffen. Entsprechend anfällig sind diese Länder gegenüber so genannten äußeren Schocks: Die Rohstoffpreise fallen, Naturkatastrophen zerstören die Ernten die Einnahmen bleiben aus.

Noch dazu sind der Unternehmens- und der Finanzsektor meist unterentwickelt, die Regierungen sind korrupt, manche Gesetze gelten nur auf dem Papier. Solche Länder haben kaum Chancen, an ausländisches Kapital zu gelangen.

Ein sinnvoller Schuldenerlass könnte durch Auflagen dazu beitragen, wenigstens das strukturelle Problem schlechter Regierungsführung zu mildern. Der soeben von den großen Industrieländern vereinbarte Schuldenerlass zielt allerdings ins Leere. Die begünstigten Länder profitieren davon auf einen Schlag und ohne Bedingungen. Ein schrittweiser Erlass, bei dem die Gläubiger regelmäßig die Regierungsführung und die Wirtschaftspolitik der Schuldner überprüfen, wäre der bessere Weg.

Allerdings wäre selbst dann kaum zu erwarten, dass es die Länder der Dritten Welt innerhalb weniger Jahre fertig bringen werden, neue Exportmärkte zu erschließen und sich gegen äußere Schocks zu wappnen. Sie werden also auch weiterhin auf Entwicklungshilfe angewiesen sein.

Die Industrieländer sollten sich deshalb zu einer ehrlicheren Politik durchringen: Statt Kredite, die ohnehin nicht zurückgezahlt werden, sollten sie lieber gleich Zuschüsse gewähren. Die Weltbank ist inzwischen schon zu dieser Strategie übergegangen. Allerdings ist auch dort der Anteil der Kredite immer noch zu hoch.

Ein Kredit ist dann sinnvoll, wenn es darum geht, eine Investition zu tätigen; mit der Rendite aus der Investition kann das geliehene Geld zurückgezahlt werden. Tatsächlich aber sind viele arme Länder wirtschaftlich noch immer viel zu wenig entwickelt, als dass die Kredite dort kurzfristig produktiv verwandt werden könnten. Diese Länder benötigen zum Beispiel Geld für ihre Gesundheits- und Bildungssysteme. Bis jedoch solche Investitionen eine erkennbare Rendite abwerfen, können Jahrzehnte vergehen. Kreditfinanzierung ist hier also fehl am Platz.

Deshalb sollten Entwicklungsgelder künftig in einer Mischung aus Zuschüssen und Krediten ausgezahlt werden. Für kurzfristig produktive Verwendungszwecke sollten auch weiterhin Kredite gewährt werden, für alles andere aber Zuschüsse.

Auch deren Vergabe muss freilich an wirtschaftliche und politische Reformen gebunden werden. Nur dann besteht die Hoffnung, dass arme Länder langfristig so kreditwürdig werden, dass sie sich ihre Finanzmittel am weltweiten Kapitalmarkt besorgen können, so wie die Industrieländer.

Kathrin Berensmann ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE)